

Hinweise auf höhere Sterblichkeit bei britischer Corona-Variante – Impfstoff-Lieferprobleme auch bei AstraZeneca

Autor: GodmodeTrader-Team, Redaktion | 22.01.2021 18:15 | Copyright BörseGo AG 2000-2021

Immer bestens informiert: Mit dem News-Flash auf Godmode-Trader.de haben Sie die wichtigsten Ereignisse des Tages auf einen Blick!

- EU hat Ärger mit Pfizer wegen Impfstofflieferungen
- **Bidens'** Konjunkturpaket stößt im Senat auf Widerstand
- **Markit:** Talfahrt der Eurozone beschleunigt sich im Januar wieder
- SPIEGEL: **Bundesregierung** kappt BIP-Prognose deutlich
- **IW:** Staat droht die Volkswirtschaft abzuwürgen
- EU plant neue Reisebeschränkungen
- **USA:** Republikaner wollen Amtsenthebungsverfahren hinauszögern
- **Biden** will Abrüstungsvertrag mit Moskau verlängern
- **UK:** Mio. EU-Bürger bewerben sich um Bleiberecht
- **Siemens** und **VW** überzeugen mit Eckdaten für 2020

DAX

- Der deutsche Aktienmarkt folgte heute von Anbeginn an den schwachen Vorgaben aus den USA und Asien. An der Wall Street trat der Dow Jones gestern Abend nahezu auf der Stelle und in Tokio rutschte der Nikkei heute um 0,4 Prozent nach unten. Der DAX beendete den Xetra-Handel mit einem Minus von 0,24 Prozent auf 13.873,97 Punkte. Am Vormittag war der Index zwischenzeitlich auch unter die runde Schwelle von 13.800 Zählern gefallen. Die Verluste ziehen sich durch alle Branchen, und lediglich Einzeltitel können heute etwas reüssieren. So ziehen Siemens nach begeisternden Eckdaten für 2020 deutlich an. Händler sprachen mit Blick auf das Zahlenpaket von einer sehr positiven Überraschung. Auch die Volkswagen Vorzüge verteuern sich deutlich heute. Vor allem das vierte Quartal 2020 war für den Konzern offenbar mehr als zufriedenstellend verlaufen. Derweil sehen die Prognostiker wieder weniger rosige Zeiten auf die Konjunktur zukommen. Zu sehr schnüren die neuen, verschärften Lockdowns und Teil-Shutdowns in vielen Ländern der Eurozone die konjunkturelle Entwicklung in der Breite ein. So hat auch die Europäische Zentralbank ihre Wachstumsprognose für die Eurozone in diesem Jahr gesenkt. Die Volkswirte erwarten für 2021 jetzt nur noch einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 4,4 Prozent, wie die EZB heute mitteilte. Noch im Oktober lag die Prognose bei 5,3 Prozent. Auch die deutsche Bundesregierung wird kommende Woche ihre BIP-Prognose für dieses Jahr wohl deutlich nach unten korrigieren, wie ein Magazinbericht nahelegt.

Hinweise auf höhere Sterblichkeit bei britischer Corona-Variante

Bei der britischen Corona-Variante B.1.1.7 gibt es Hinweise auf eine erhöhte Sterblichkeit. Dies sagte der britische Chefmediziner Chris Whitty laut Medienberichten. Die Beweislage für eine erhöhte Mortalität bei der neuen Variante sei allerdings noch nicht sehr stark, so Whitty.

Chartanalysen und Artikel des Tages

- [DAX-Tagesausblick: Es geht heute eher abwärts als aufwärts!](#)
- [DOW - APPLE kann man kaufen, wenn...](#)
- [EUR/USD-Tagesausblick: Einkaufsmanagerindizes im Fokus](#)
- [PALLADIUM - Kursstabilisierung Fehlanzeige](#)
- [Die Inflation kommt - ganz überraschend!](#)

- [GBP/JPY mit Ansage ins Ziel!](#)

Unternehmen & Branchen

- **Pfizer** liefert künftig weniger Ampullen seines Corona-Impfstoffs an die Besteller-Länder aus. Der Konzern begründete dies in einer E-Mail an die Nachrichtenagentur AFP mit einer Stellungnahme der EU-Arzneimittelbehörde EMA, wonach aus jedem Fläschchen bis zu sechs Impfdosen gezogen werden könnten. Bisher ging Pfizer von fünf Dosen pro Ampulle aus und berechnete entsprechend die Zahl der zu liefernden Flakons. Der Pharmariese hatte zuletzt auch einen Ausbau der Fertigung angekündigt. Dieser Schritt solle die Impfstofflieferungen zunächst verlangsamen, um dann in einigen Wochen eine höhere Produktion zu ermöglichen. Daraufhin hatten sich sechs EU-Staaten bei der Kommission darüber beschwert. Die EU verlangt nun von Pfizer Aufklärung über die Verzögerungen. Ein Sprecher der EU-Kommission sagte am Freitag: „Wir werden das Unternehmen um eine Klärung bitten.“ Kritik an dem BioNTech-Partner kommt vor allem aus Italien und Tschechien. Italien droht Pfizer sogar mit juristischen Schritten.
- Ein weiterer Impfstoffhersteller – der britisch-schwedische Hersteller **AstraZeneca** – hat offenbar Lieferprobleme. 56,5 Mio. Impfdosen sollte Deutschland von AstraZeneca in diesem Jahr eigentlich bekommen. Wie die „Bild“-Zeitung unter Berufung auf Unternehmenskreise nun berichtet, hat das Unternehmen die EU-Kommission darüber informiert, dass man nach der bis Ende dieses Monats erwarteten Zulassung zunächst deutlich weniger liefern können. Ein Grund sei, dass die Vakzine an die Mutationen aus Großbritannien, Südafrika und Brasilien angepasst werden müsse. Bereits produzierte Impfstoffe könnten damit möglicherweise nicht ausgeliefert werden. Zudem habe ein Großbrand beim weltweit größten Impfstoff-Hersteller in Indien in dieser Woche die Produktion ausgesetzt.
- Die **Continental**-Antriebssparte **Vitesco** visiert in diesem Jahr einen erneuten Börsengang an. „Wir waren wirklich gut unterwegs, dann kam Corona. Jetzt streben wir eine Abspaltung im zweiten Halbjahr an, vorausgesetzt die Continental-Hauptversammlung stimmt Ende April zu“, sagte Conti-Vorstand und Vitesco-Chef Andreas Wolf der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung". „Bei einem vollständigen Spin-off entspricht die Aktionärsstruktur von Vitesco Technologies im ersten Moment der von Continental“, sagte Wolf. Dadurch werde die Schaeffler-Holding als Ankeraktionär von Conti zunächst die gleiche Rolle auch bei Vitesco haben. Die Schaeffler Holding hielt zuletzt 46 Prozent der Conti-Aktien.
- Die Volkswagen-Nutzfahrzeugholding **Traton** hat im Jahr 2020 schwach abgeschnitten. Das um Sondereffekte bereinigte operative Ergebnis sei laut vorläufiger Zahlen um fast 93 Prozent auf 135 Mio. Euro eingebrochen, teilte der Konzern am Freitag mit. Mit 22,6 Mrd. Euro setzte Traton zudem knapp 16 Prozent weniger als ein Jahr zuvor um.
- **Waymo**-Chef **John Krafcik** bezweifelt, dass Tesla seinen Kunden autonomes Fahren bieten wird. Der Elektrohersteller sei überhaupt kein Konkurrent für Waymo, erklärte der Chef der Google-Ausgründung für autonomes Fahren im Interview mit dem manager magazin. Nur Waymo stelle ein komplett autonomes Fahrsystem her; Tesla dagegen nur ein Fahrassistenzsystem.
- Nach Plänen der australischen Regierung sollen Internetkonzerne wie **Alphabet** oder **Facebook** künftig lokale Medienunternehmen bezahlen, wenn sie deren Inhalte verbreiten. Das Vorhaben sei nicht umsetzbar und für Google mit finanziellen Risiken verbunden, die nicht kalkuliert werden könnten, sagte eine Google-Managerin. Den australischen Markt zu verlassen sei die einzig rationale Entscheidung, wenn dieses Gesetz verabschiedet würde.
- Der Chipkonzern **Intel** hat im vergangenen Quartal die Erwartungen deutlich übertroffen. Mit einem Umsatz von 20 Mrd. Dollar nahm Intel rund 2,6 Mrd. Dollar mehr ein als zuvor angepeilt. Der Quartalsgewinn fiel um 15 Prozent auf 5,9 Mrd. Dollar, wie Intel nach US-Börsenschluss am Donnerstag mitteilte.
- **IBM** hat zum Jahresende überraschend deutliche Geschäftseinbußen hinnehmen müssen. Im Schlussquartal sank der Umsatz um gut 6 Prozent auf 20,4 Mrd. Dollar, wie IBM am Donnerstag nach US-Börsenschluss mitteilte. Der Nettogewinn fiel aufgrund hoher Kosten beim Konzernumbau um 66 Prozent auf 1,3 Mrd. Dollar.
- **Alphabet** beendet seinen Versuch, entlegene Regionen mit Hilfe von Ballons mit schnellem Internet zu versorgen. Die dafür gegründete Tochterfirma Loon wird dicht gemacht. „Wir haben keinen Weg gefunden, die Kosten so weit zu senken, dass ein langfristig nachhaltiges Geschäft möglich wird“,

- schrrieb Loon-Chef Alastair Westgarth in einem Blogeintrag.
- Der Ölfelddienstleister [Schlumberger](#) überraschte trotz eines Umsatzrückgangs im vergangenen Geschäftsquartal mit dem Ergebnis je Aktie positiv.
 - [Facebook](#), [Twitter](#) und andere Unternehmen haben Donald Trump im Zusammenhang mit den jüngsten Ausschreitungen in Washington von ihren Plattformen ausgeschlossen. Selbst Befürworter haben Unbehagen darüber geäußert, dass Entscheidungen von solcher Tragweite in der Hand einiger weniger privater Unternehmen liegen. Facebook hat jetzt angekündigt, den umstrittenen Fall zu delegieren. Ein vom Unternehmen eingerichtetes und als unabhängig beschriebenes Aufsichtsgremium soll die Entscheidung prüfen.
 - Der [Volkswagen-Konzern](#) hat überzeugende Eckdaten für das Jahr 2020 veröffentlicht. Für das von der Corona-Krise gekennzeichnete vergangene Geschäftsjahr erwarten die Wolfsburger einen operativen Gewinn von rund 10 Mrd. Euro. Wie die Wolfsburger am Freitag mitteilten, könne dieser Wert für das operative Ergebnis vor Sondereinflüssen – darunter vor allem weitere Rechtskosten zur Bewältigung der Dieselkrise – auf Basis vorläufiger Zahlen angenommen werden. Die Verkäufe hätten sich im vierten Quartal beschleunigt.
 - Der Technologiekonzern [Siemens](#) hat im ersten Quartal von einer starken Entwicklung im Automatisierungs- und Softwaregeschäft und dem Bereich Smart Infrastructure profitiert und deutlich höhere Ergebnisse als im Vorjahr erzielt, teilte das Unternehmen mit. Zudem habe Siemens ein stärker als erwartetes Wachstum in China erzielt. Das bereinigte operative Ergebnis (Ebita) stieg um 57 Prozent auf 848 Mio. Euro, wie es hieß. Siemens werde nun den Ausblick für das Geschäftsjahr 2020/21 überprüfen, so der Konzern weiter. Bislang geht der Vorstand von einem moderat steigenden vergleichbaren Umsatz sowie einen moderat zunehmenden Gewinn nach Steuern aus.
 - [Lufthansa](#)-Chef [Carsten Spohr](#) appelliert an die EU, in der Krise die Vergaberegeln für die Start- und Landerechte an viel genutzten Flughäfen weiterhin auszusetzen. Wenn es beim bisherigen Vorschlag der Kommission für den Sommer bleibe, könnte sich Lufthansa zu umweltschädlichen Leerflügen gezwungen sehen, um die attraktiven Slots zu erhalten. „Das wäre verrückt“, sagte Spohr bei einer Veranstaltung der Fluglotsen-Organisation Eurocontrol.
 - Der Medienkonzern [ProSiebenSat.1](#) hat sich in der Corona-Krise wacker geschlagen. Der Umsatz sank im vergangenen Jahr von 4,13 Mrd. Euro im Vorjahr auf 4,04 Mrd. Euro, der Betriebsgewinn von 872 auf 700 Mio. Euro, wie das Unternehmen am Donnerstagabend mitteilte. Kurz zuvor hatte der Medienkonzern aus Unterföhrung bei München eine Stimmrechtsmitteilung des italienischen TV-Giganten Mediaset veröffentlicht, der seine Beteiligung an ProSiebenSat.1 von neun auf zwölf Prozent erhöht habe. Auf weitere Aktien haben die Mailänder über Finanzinstrumente Zugriff.
 - Der Stahlkonzern [Salzgitter](#) hat im vergangenen Jahr trotz des widrigen Umfelds stärkere Zahlen als erwartet geschrieben. Nach vorläufigen Daten sank der Vorsteuerverlust auf 200 Mio. Euro, wie das Unternehmen mitteilte. Im Vorjahr hatte der Fehlbetrag noch bei 253 Mio. Euro gelegen. Salzgitter hatte zuletzt mit einem Vorsteuerverlust auf dem Niveau von 2019 gerechnet. Im vierten Quartal habe Salzgitter eine „aufwärtsgerichtete“ Entwicklung bei Flachstahl, Handel und Technologie verzeichnet. Salzgitter gehe daher für 2021 von einem Vorsteuergewinn von 150 bis 200 Mio. Euro aus. Der Umsatz soll sich von 7 auf mehr als 8,5 Mrd. Euro erhöhen.
 - Der Flugzeugbauer [Airbus](#) plant, die Produktion seiner Mittelstreckenjets wegen der Verschärfung der Corona-Krise in diesem Jahr langsamer wieder hochzufahren als zunächst gedacht. Ab dem dritten Quartal soll die Produktion der Modellfamilie A320 von derzeit 40 auf dann 43 Maschinen pro Monat steigen, teilte am Donnerstagabend überraschend mit. Im vierten Quartal sollen dann monatlich 45 Jets produziert werden. Zuletzt waren für diesen Zeitraum noch 47 Maschinen monatlich geplant.
 - Der Maschinenbauverband VDMA hat vor unabsehbaren wirtschaftlichen Folgen gewarnt, sollte es auf dem europäischen Binnenmarkt zu Grenzschießungen kommen. „Die jetzt in einigen EU-Mitgliedsstaaten wieder vermehrt aufkommenden Forderungen nach Schließungen müssen schleunigst begraben werden“, sagte [VDMA-Hauptgeschäftsführer Thilo Brodtmann](#). „In der ersten Pandemiewelle haben wir schmerzvoll lernen müssen, dass geschlossene Grenzen zentrale Wertschöpfungsketten beeinträchtigen und zu Engpässen bei wichtigen Gütern und Dienstleistungen führen können.“

Politik & Konjunktur

- Im Dezember sind die Verkäufe bestehender Häuser in den USA im Monatsvergleich um 0,7 Prozent

gestiegen, wie die **Maklervereinigung National Association of Realtors (NAR)** am Freitag mitteilte. Analysten hatten einen Rückgang um 1,9 Prozent erwartet. Außerdem wurden die Daten für den Vormonat etwas nach oben revidiert. Demnach sind die Verkäufe bestehender Häuser im November nur um 2,2 Prozent gesunken, nachdem zunächst ein Rückgang um 2,5 Prozent gemeldet worden war.

- Der **IHS Markit Flash US-Composite Einkaufsmanagerindex** lag im Januar bei 58,0 Punkten, nach 55,3 Zählern im Dezember, wie das Institut IHS Markit mitteilte. „Der private Sektor scheint zu Beginn des Jahres 2021 wieder an Dynamik zu gewinnen, denn das Wachstumstempo beschleunigte sich auf das zweitstärkste seit März 2015“, kommentierte IHS Markit.
- Der **neue US-Präsident Joe Biden** will per Erlass neue Hilfen für die Bevölkerung in der Corona-Krise einführen. Dazu gehört eine bessere Versorgung Bedürftiger mit Lebensmitteln, wie das Weiße Haus mitteilte. Außerdem wolle Biden durchsetzen, dass Arbeitnehmer, die ihre Jobs wegen Corona-Risiken aufgeben, Arbeitslosengeld bekommen.
- Der **neue US-Präsident Joe Biden** will mit einem weiteren Konjunkturpaket von 1,9 Bio. Dollar die Impfkampagne beschleunigen und gegen die Wirtschaftskrise ankämpfen. Dafür muss Biden die Zustimmung des Kongresses gewinnen. Im **Senat** kündigten mehrere Republikaner Widerstand an, weil ihnen der Betrag zu hoch ist.
- Dem **US-Regierungsberater Anthony Fauci** zufolge ist die in Großbritannien nachgewiesene, ansteckendere Variante des Corona-Virus bereits in gut 20 Bundesstaaten zu finden. Die ursprünglich in Südafrika gefundene Mutation sei dagegen wohl noch nicht in den USA angekommen.
- Aufgrund der anhaltenden Pandemie und den damit in Zusammenhang stehenden Restriktionen hat sich die Talfahrt der Eurozone im Januar wieder beschleunigt. Die Industrieproduktion wurde mit der niedrigsten Rate seit Beginn des jüngsten Aufschwungs ausgeweitet, und der Sektorservice vermeldete die zweithöchsten Geschäftseinbußen seit letztem Mai, wie das Marktforschungsinstitut IHS Markit berichtete. Mit aktuell 47,5 Punkten nach 49,1 Zählern im Dezember gab der **IHS Markit Flash Eurozone Composite-Index Produktion** entsprechend nach – zum dritten Mal hintereinander – und kennzeichnete damit einen stärkeren Wachstumsrückgang als im Dezember. Ungeachtet dessen liegt der PMI-Durchschnittswert der vergangenen drei Monate höher als in den ersten Monaten der Pandemie im letzten Frühjahr, was laut IHS Markit darauf hindeutet, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der zweiten Infektionswelle bis jetzt erheblich weniger gravierend ausgefallen sind als in der ersten Welle.
- Die **Bundesregierung** erwartet laut „Spiegel“ für dieses Jahr ein deutlich geringeres Wirtschaftswachstum als noch im Herbst. Der neue Jahreswirtschaftsbericht, der in der kommenden Woche vorgestellt werde, enthalte nur noch eine BIP-Prognose von plus 3,0 Prozent, schreibt das Magazin. Zuvor im Oktober war Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) für 2021 noch von einem Zuwachs von 4,4 Prozent ausgegangen. Als Ursache für die Senkung wird in dem Bericht die verlängerten Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie genannt.
- Zur aktuellen Situation in Sachen Corona erklärte **Gesundheitsminister Jens Spahn** in der Bundespressekonferenz heute Vormittag: „Die Zahlen sind ermutigend. Sie entwickeln sich in die richtige Richtung, aber sie sind immer noch auf einem zu hohen Niveau.“ Das parallel verschärft werden musste, sei eine Ambivalenz, die man den Bürgerinnen und Bürgern erklären müsse. Aber zu frühere Lockerungen könnten dazu führen, dass die Situation schnell wieder entflamme.
- Der **Virologe Christian Drosten** erwartet erst im Herbst eine Entspannung an der Corona-Front. Im „Spiegel“-Interview sagte er, dass es eher so sein wird wie in Spanien. Hier waren die Fallzahlen nach Beendigung des Lockdowns im Sommer schnell wieder angestiegen. Drosten macht auch deutlich, dass nach der Impfung eines Großteils der Bevölkerung auch ein größerer Widerstand gegen die Corona-Maßnahmen aufkommen würde. Dann könnten sich innerhalb kurzer Zeit wieder extrem viele Menschen infizieren.
- Nach vorläufigen Ergebnissen sind in der 52. Kalenderwoche vom 21. bis 27. Dezember 2020 in Deutschland mind. 24.470 Menschen gestorben, wie das **Statistische Bundesamt** mitteilte. Damit liegen die Sterbefallzahlen in diesem Zeitraum etwa 31 Prozent oder 5.832 Fälle über dem Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019. In der Vorwoche lagen die Sterbefallzahlen um 26 Prozent über dem Vorjahresdurchschnitt.
- Deutschlands Überschuss in der Leistungsbilanz ist Corona-bedingt im vergangenen Jahr gefallen, wie das **ifo Institut** berichtete. Der Überschuss verringerte sich auf 6,9 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung, nach 7,1 Prozent im Jahre 2019. Das waren im vergangenen Jahr 261 Mrd. US-Dollar oder 228 Mrd. Euro. „Der chinesische Überschuss dagegen schnellte hoch um 170 Milliarden auf 310 Milliarden US-Dollar, das entspricht 2,1 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung“, sagt ifo-Forscher

Christian Grimme. Auf Rang drei folgt Japan mit 158 Mrd. US-Dollar, 3,2 Prozent seiner Jahreswirtschaftsleistung. Die USA sackten um 155 auf ein Defizit von 635 Mr. Dollar ab.

- In **Israel** erhielten seit dem 19. Dezember 2020 rund 2,4 Mio. Menschen eine erste und 850.000 auch schon die zweite Impfung. In Deutschland leben neun Mal so viele Menschen wie in Israel. Hier erhielten bis dato 1,3 Mio. Menschen eine Erst- und 78.000 Menschen eine Zweitimpfung (Stand 21. Januar).
- Der **Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Michael Hüther**, findet viel Kritik an der Corona-Politik der Bundesregierung. „Die Höchstgrenze von 50 Neuinfektionen auf 100.000 Menschen wurde im Frühjahr mit der eingeschränkten Leistungsfähigkeit der Gesundheitsämter begründet. Doch die hat sich seitdem kaum verbessert“, schreibt er in einem Gastbeitrag für die „Bild“-Zeitung. Schutzkonzepte für Alten- und Pflegeheime seien vernachlässigt worden. „Statt die Probleme gezielt zu beheben, steckt ein ganzes Land perspektivlos im Kollektiv-Stillstand.“ Bei dem Versuch, das Virus zu besiegen, drohe der Staat die Volkswirtschaft abzuwürgen.
- **Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD)** hat für die Aufhebung von Corona-Restriktionen für geimpfte Bürger plädiert. Als Voraussetzung nannte sie in einem Interview des Redaktionsnetzwerks Deutschland allerdings einen gesicherten wissenschaftlichen Nachweis, dass Geimpfte das Virus nicht übertragen können. Sie betonte, dass es sich bei der möglichen Aufhebung von Corona-Einschränkungen für Geimpfte nicht um die Gewährung von „Privilegien“, sondern „die Rücknahme von Grundrechtsbeschränkungen“ handle: „Nicht die Ausübung von Grundrechten bedarf der Rechtfertigung, sondern die Einschränkung der Grundrechte durch den Staat.“
- Die **Europäische Union** plant bei Reisen neue Corona-Auflagen in Europa. Erwogen würden weitere Beschränkungen, sagte **EU-Ratschef Charles Michel** nach einem Videogipfel der EU-Staats- und Regierungschefs. In der Diskussion stehen neue Test- und Quarantänepflichten für Menschen aus „dunkelroten Zonen“ mit hohen Corona-Fallzahlen. Die Staats- und Regierungschefs sähen die Lage wegen der neuen, ansteckenderen Varianten des Coronavirus als sehr ernst, erklärte Michel. Die Grenzen im Binnenmarkt sollen hingen offen bleiben und dafür zu sorgen, dass der Warenverkehr und notwendige Reisen weiterhin möglich bleiben. „Wir versuchen, hier Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen“, sagte Michel.
- Die Republikaner im US-Senat wollen den Auftakt der Verhandlungen im Amtsenthebungsverfahren gegen den früheren Präsidenten Donald Trump bis Mitte Februar verschieben. Mit dem zusätzlichen Vorlauf könne sichergestellt werden, dass alle Parteien genügend Zeit hätten, sich auf das Verfahren vorzubereiten, sagte der **Minderheitsführer der Republikaner, Senator Mitch McConnell**. Diesen Vorschlag habe er seinem demokratischen Kollegen Chuck Schumer unterbreitet, so McConnell.
- Seit Beginn der Pandemie sind in Deutschland mehr als 50.000 Menschen im Zusammenhang mit Covid-19 gestorben. Die Gesundheitsämter meldeten dem **Robert Koch-Institut (RKI)** per Freitagmorgen 859 neue Todesfälle innerhalb von 24 Stunden, wie das RKI mitteilte. Damit stieg die Gesamtzahl der Todesfälle auf 50.642. Als Covid-19-Todesfall bewertet das RKI nachweislich Infizierte, die direkt an Corona gestorben sind und solche mit Vorerkrankungen, bei denen sich die Todesursache nicht abschließend klären lässt.
- In **Japan** ist der Preisdruck so schwach wie seit zehn Jahren nicht mehr. Unter Ausschluss der schwankungsanfälligen Lebensmittelpreise sank die Teuerungsrate im vergangenen Monat um ein Prozent gegenüber dem Vorjahr, wie japanische Regierungsdaten zeigen. Der Konsum bremse scharf ab, deshalb könnten Einzelhändler ihre Preise nicht erhöhen, hieß es von Bankvolkswirten zur Erklärung.
- **US-Präsident Joe Biden** will laut Medien-Informationen den letzten großen atomaren Abrüstungsvertrag mit Russland verlängern. Demnach will er wie Moskau einer Verlängerung um fünf Jahre zustimmen. Eine offizielle Bestätigung steht noch aus. Der New-Start-Vertrag über die Begrenzung von Atomwaffen wäre in gut zwei Wochen ausgelaufen.
- Knapp 4,9 Mio. Bürger von EU-Mitgliedsstaaten und anderer europäischer Länder haben ein **Aufenthaltsrecht in Großbritannien** beantragt. Das teilte das britische Innenministerium mit. Fast 4,4 Mio. der Anträge wurden bereits positiv entschieden. Etwa 34.000 wurden abgelehnt. Die Personenfreizügigkeit zwischen UK und dem Kontinent ist abgeschafft.
- Der **britische Einzelhandel** hat im vergangenen Jahr verglichen mit dem Vorjahr 1,9 Prozent weniger umgesetzt, teilte das Statistikamt ONS am Freitag mit. Das ist ein Rekordrückgang. Zum Jahresende profitierte der Einzelhandel laut ONS von Lockerungen der Corona-Beschränkungen. Die Umsätze erhöhten sich gegenüber November um 0,3 Prozent, zum Vorjahresmonat stiegen sie um 2,9 Prozent. Das Vorkrisenniveau vom Februar wurde im Dezember um 2,7 Prozent überschritten.

Weitere Informationen zu den im Newsflash genannten Themen und noch mehr aktuelle Nachrichten finden Sie in Echtzeit auf [Guidants News](#). In Spitzenzeiten veröffentlicht Guidants News mehr als 100 Nachrichten pro Stunde. Damit Sie trotzdem den Überblick behalten, stehen Ihnen zahlreiche Filtermöglichkeiten zur Verfügung.

Im Artikel besprochene Instrumente

DAX	XETRA	19.04.2021 17:55:00	15.368,39	-91,36	-0,59	15.501,84	15.368,14
	Börsenplatz	Zeit	akt. Kurs	abs	%	Hoch	Tief

Stand: 20.04.2021 02:44:48

Risikohinweis & Haftungsausschluss gemäß § 15 und § 17 AGB BörseGo AG

§ 15 Haftung

15.1 Soweit Nutzer Inhalte in Diskussionsforen, sogenannten Streams, Chats oder Blogs einstellen und dort Ratschläge oder Anlagetipps erteilen, handelt es sich ausschließlich um von den betreffenden Nutzern verantwortete Inhalte. BörseGo stellt insofern lediglich das Medium technisch zur Verfügung und ist nicht für die Genauigkeit, Richtigkeit oder Verlässlichkeit dieser Inhalte verantwortlich. Insbesondere ist BörseGo nicht für Verluste oder Schäden haftbar, die dem Nutzer dadurch entstehen, dass dieser auf eine solche Information vertraut.

15.2 Resultieren Schäden des Nutzers aus dem Verlust von Daten, so haftet BörseGo hierfür unabhängig von einer etwaigen Beteiligung nicht, soweit die Schäden durch eine zweckgemäße, regelmäßige und vollständige Sicherung aller relevanten Daten durch den Nutzer vermieden worden wären.

15.3 Im übrigen haften BörseGo, ihre gesetzlichen Vertreter und Erfüllungsgehilfen nur bei Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder bei Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten), das heißt solcher Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Nutzer regelmäßig vertrauen darf, und deren Verletzung auf der anderen Seite die Erreichung des Vertragszwecks gefährdet. BörseGo haftet weiterhin für Schäden, die aus dem Fehlen zugesicherter Eigenschaften beruhen, sowie für sonstige Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung von BörseGo, seiner gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen.

15.4 Bei der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (vgl. Ziff. 15.3) haftet BörseGo nur auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden, wenn dieser einfach fahrlässig verursacht wurde, es sei denn, es handelt sich um Schadensersatzansprüche des Kunden aus einer Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

15.5 Weitergehende Ansprüche des Nutzers auf Schadensersatz sind ausgeschlossen. Die Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes bleiben unberührt.

§ 17 Risikohinweis

Die Informationen und Services auf den Portalen von BörseGo wenden sich an registrierte sowie nichtregistrierte Nutzer. Die Angebote, die der Nutzer auf den Portalen von BörseGo findet, richten sich jedoch ausdrücklich nicht an Personen in Ländern, die das Vorhalten bzw. den Aufruf der darin eingestellten Inhalte untersagen, insbesondere nicht an US-Personen im Sinne der Regulation S des US Securities Act von 1933 sowie Internet-Nutzer in Großbritannien, Nordirland, Kanada und Japan. Jeder Nutzer ist selbst verantwortlich, sich über etwaige Beschränkungen vor Aufruf der Portale zu informieren und diese einzuhalten.

Insbesondere weist BörseGo hierbei auf die bei Geschäften mit Optionsscheinen, Derivaten und derivativen Finanzinstrumenten besonders hohen Risiken hin. Der Handel mit Optionsscheinen bzw. Derivaten ist ein Finanztermingeschäft. Den erheblichen Chancen stehen entsprechende Risiken gegenüber, die nicht nur einen Totalverlust des eingesetzten Kapitals, sondern darüber hinausgehende Verluste nach sich ziehen können. Aus diesem Grund setzt diese Art von Geschäften vertiefte Kenntnisse im Bezug auf diese Finanzprodukte, die Wertpapiermärkte, Wertpapierhandelstechniken und -strategien voraus.

Soweit BörseGo Börsen- oder Wirtschaftsinformationen, Kurse, Indizes, Preise, Nachrichten, Marktdaten sowie sonstige allgemeine Marktinformationen auf ihren Portalen bereitstellt, dienen diese nur zur Information und zur Unterstützung der selbstständigen Anlageentscheidung des Nutzers. Auch wenn BörseGo alle eingebundenen Informationen sorgsam überprüft, erhebt BörseGo keinen Anspruch auf inhaltliche Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität. Es obliegt dem Nutzer selbst, die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität dieser Daten zu überprüfen. Dies betrifft insbesondere, aber nicht ausschließlich, Kursdaten von Drittquellen. Die genannten Informationen stellen keine Aufforderung zum Kaufen, Halten oder Verkaufen von Wertpapieren und derivativen Finanzprodukten dar und begründen kein individuelles Beratungs- oder Auskunftsverhältnis. Sie sind keine Rechts-, Steuer- oder sonstige Beratung und können eine solche auch nicht ersetzen.

Bevor der Nutzer Investmententscheidungen trifft, sollte er sich sorgfältig über die Chancen und Risiken des Investments informiert haben.

Aus einer positiven Wertentwicklung eines Finanzprodukts in der Vergangenheit kann keinesfalls auf zukünftige Erträge geschlossen werden. BörseGo übernimmt keine Haftung für die erteilten Informationen, die von BörseGo als vertrauenswürdig erachtet wurden, für bereitgestellte Handelsanregungen sowie für deren Vollständigkeit.

Leser sowie Teilnehmer an multimedialen Veranstaltungen wie Webinare, Online-Seminare, Seminare oder Vortragsveranstaltungen, die aufgrund der veröffentlichten Inhalte Anlageentscheidungen treffen bzw. Transaktionen durchführen, handeln in vollem Umfang auf eigene Gefahr und auf eigenes Risiko.

BörseGo übernimmt keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Eine Haftung von BörseGo für die Inhalte derartiger Internetseiten ist ausgeschlossen, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

Stand: September 2019

Das Dokument mit Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere des Nachdrucks, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen sowie das Darstellen auf einer Website liegen, auch nur bei auszugsweiser Verwertung, bei der BörseGo AG. Alle Rechte vorbehalten.

www.boerse-go.ag © BörseGo AG

Aktiengesellschaft mit Sitz in München – Registergericht: Amtsgericht München – Register-Nr: HRB 169607 – Vorstand: Robert Abend, Christian Ehmig, Johannes Pfeuffer, Thomas Waibel – Aufsichtsratsvorsitzende: Dipl.-Kff. Jutta Hofbauer – Umsatzsteueridentifikationsnummer gemäß § 27a UStG: DE207240211

München, 2021